

Die Geschichte ist keine Geschichte von Wahlkämpfen

Beitrag zur Online-Diskussion „Wie gelingt wirksamer Antifaschismus?“ vom 19. August 2026 von der Sozialistischen Linken (stellv. Von Yusuf Karaaslan)

Auf dem Bundesparteitag war es den Zusammenschlüssen, dem Jugend- und Studierendenverband zu verdanken, dass wir eine kontroverse Debatte um das Verhältnis zur CDU und AfD diskutieren konnten. Der Maßstab für Parlamentsaktivitäten und Zusammenarbeit mit anderen Parteien lautet „*Opposition gegen Militarisierung, Sozialabbau, Naturzerstörung und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit*“ festzuhalten, ist ein Erfolg, der immer wieder betont gehört statt Vergessen. Auf der anderen Seite birgt der Konflikt um die Koalitionen und Kooperationen auf parlamentarischer Ebene die große Gefahr, die Glaubwürdigkeit und Oppositionscharakter der Partei nachhaltig zu schwächen.

Die Zustimmung der Kriegskredite in Bremen und Meck-Pomm im Bundesrat und die einmalige Stärkung einer Merz-Kanzlerschaft aus Angst vor der AfD, machen eins deutlich: Die Linke sucht weiterhin eine Strategie gegen die grassierende Rechtsentwicklung.

Jahrzehntelanger Neoliberalismus und die darauf folgende Zeitenwende führt zum heutigen Abstieg des US-Imperialismus, weil sie aus dem globalen Süden herausgefordert wird - allen voran von China.

Deutschland befindet sich in einer besonderen Situation:

Die beschleunigte Deindustrialisierung und das zusammenbrechende Exportmodell – das eigentlich auf eine sich verständigende multipolare Weltordnung angewiesen wäre, wurde durch jahrzehntelangen Neoliberalismus, Austeritätspolitik und Marktanarchie geschwächt. Das chinesische Modell, das etwas mit damit zu tun hat, dass es eine marxistisch orientierte chinesische Partei gibt, die die Ökonomie über den Staat steuert, hat sich als überlegen in der Entwicklung herausgestellt.

Zeitenwende = Rechtsentwicklung

Die Unterlegenheit des deutschen Kapitals wird seitens der Herrschenden immer stärker mit einer autoritären Formierung (R. Opitz) beantwortet:

- nach außen: Militarisierung, Aufrüstung, Krieg als vermeintliche Krisenlösung
- nach innen durch Sozialabbau, Entdemokratisierung und damit einhergehender Verrohung – um, und das ist die soziale Funktion: Profite zu steigern, Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen.
- Die AfD will nicht nur buntes Leben verbieten, sondern hat eine soziale Funktion:

Mit militärischen Mitteln soll die Vorherrschaft des Westens verteidigt werden, die vom globalen Süden angezweifelt wird, und auch hierzulande die erkämpften Ansprüche an ein ziviles und soziales Miteinander niederwalzen möchte. Sie ist der aggressivste Speerspitze des deutschen Militarismus und des untergehenden Neoliberalismus.

Was wir aus der Geschichte lernen

Aus der Geschichte wissen wir, dass der Faschismus nur siegen kann, wenn die Arbeiterbewegung zwei Schwächen aufzeigt:

Erstens, wenn sie gespalten ist und dadurch untereinander in Konkurrenz- und Angriffsverhältnisse gerät. Das ist eine wichtige Orientierung für die Gewerkschaftsarbeit.

Zweitens, sagte Clara Zetkin mal, dass der Faschismus die Antwort auf eine nicht gemachte Revolution ist.

Aus der Geschichte wissen wir jedoch auch, dass die Antwort auf den Faschismus im Geist von 45^e bereits skizziert worden ist:

- Der Schwur von Buchenwald schwört den Nazismus samt seinen Wurzeln zu bekämpfen. Daran anknüpfend kann nur die systemübergreifende Konzeption für ein antifaschistisches Deutschland verstanden werden, was mit dem Potsdamer Abkommen bis hinein in die CDU im Ahlener Programm, den Kapitalismus samt seiner gefährlichen Großkonzerne (Thyssen Krupp wurde aufgespalten und die Montanunion unter fast paritätischer Mitbestimmung gestellt) unter notwendigen sozialen Demokratisierungen gestellt hat.

Soziale Demokratie vs. Faschismus

Der Sozialstaat war bzw. ist nicht nur Sozialleistungen, er war der erkämpfte Kompromiss gegen die kapitalistische Profitlogik, die die demokratischere Verteilung von gesellschaftlichem Reichtum – und auch Willens- und Meinungsbildung in Schulen, Universitäten, Betrieben, vorangetrieben hat - aber darüber hinaus auch in den öffentlich-rechtlichen Institutionen, Medien, Parteien, Verbände – Gramsci würde das vielleicht Zivilgesellschaft nennen – als Kernorte einer sozialen Demokratie gesehen hatte (*Wolfgang Abendroth*) – die mit dem Neoliberalismus und nun mit der Zeitenwende nachhaltig geschwächt und zerstört werden sollen.

Aus dieser Überlegung heraus möchte ich Umriss einer antifaschistischen Strategie skizzieren. Da die Geschichte keine Geschichte von Wahlkämpfen, sondern von Klassenkämpfen ist, sollen die Strategien über eine Wahlstrategie (*siehe dazu: Ekkehard Lieberam (2020) „Sisyphos lässt grüßen“. Die Leiden der Linken und das Leiden an der LINKEN, pad-Verlag.*) hinausgehen und ebenso gesellschaftsstrategische Eckpfeiler skizzieren:

1. Die Ablehnung der AfD darf nicht in Duldung der Verhältnisse, oder gar anderer Parteien führen, die die AfD zu dieser Stärke geführt hat. Er muss nicht nur die Ablehnung der AfD, sondern die Ablehnung der Konkurrenz, die überhaupt Ursache für Ungleichheit in der Menschheit und vermeintlicher Ungleichwertigkeit innerhalb der Menschheit einreden möchte.

2. Die Krise der Parlamentarismus, der den Staat und die Organisation der Produktionsverhältnisse nicht profitgerecht gestalten kann, ist im Westen weit verbreitet und eine globale Krise, die als Antwort dringend nach sozialistischen Organisationsformen der Demokratisierung und Selbstbestimmung der Betriebe, Schulen, Universitäten und allen gesellschaftlichen Bereichen benötigt. Also: Ein nachhaltiger und wirksamer Antifaschismus kommt von unten.

3. Die Rechtsentwicklung kann nur durch Selbstwirksamkeit vor Ort bekämpft werden, denn die Rechtsentwicklung ist Produkt von Ohnmacht, Frustration und der Abfindung der Verhältnisse – oder gar der Sündenbock-Theorie, die die Verhältnisse verschärfen und ein unsolidarisches Miteinander zementieren.

4. Antifaschismus benötigt antifaschistische Persönlichkeiten: Sie benötigt einen Einsatz nicht nur am Lebensschwerpunkt, sondern als Alltagskultur, die jederzeit in Konflikt tritt mit Ungleichheiten und solidarische Perspektiven aufzeigt: Ob in der Bahn, im Betrieb – oder auch in der Partei.

5. Offensiv als Linke Mitglieder in die Gewerkschaft aktiv(er) werden – organisierend eine Gewerkschaftsstrategie entwickeln, die den Sozialstaat in Gegnerschaft zur Aufrüstung ausbaut.

6. Industrie eigener Schwerpunkt:

Das [Fraktionsvorsitzenden-Papier](#) liest sich wie ein Regierungsprogramm und müsste stärker eine Gewerkschaftsstrategie der Partei darstellen: Wie kann das in Zusammenarbeit mit Gewerkschaften, in den großen Betrieben samt demokratischer Mitbestimmungsstrukturen durchgesetzt werden?